

THEMA

DRITTES ALTER

Konflikte hinterm Duschvorhang

Isabel Spigarelli

Seit 2010 muss jedes Zimmer in Alten- und Pflegeheimen über ein eigenes Bad verfügen. Nun wurde bekannt, dass 495 Unterkünfte in Luxemburg diesen Standard nicht erfüllen. Über eine beschwichtigende Ministerin, einen wütenden Konsumentenschützer und beunruhigende Aussichten.

„In was für einem Zeitalter leben wir denn bitte?“, ärgert sich Nico Hoffmann, Präsident der Union luxembourgeoise des consommateurs (ULC), im Telefongespräch mit der woxx. Er spielt auf die sanitäre Situation in luxemburgischen Alters- und Pflegeheimen an: Landesweit gibt es noch 495 Zimmer, die über kein eigenes Badezimmer verfügen, 271 haben noch nicht einmal eine Toilette. In weiteren 779 Zimmern teilen sich zwei Bewohner*innen ein Badezimmer.

Diese Bilanz ging Mitte August aus den parlamentarischen Anfragen der Abgeordneten Fernand Kartheiser (ADR) und Marc Goergen (Piraten) an Familienministerin Corinne Cahen hervor. Die ULC reagierte letzte Woche in einer Pressemitteilung und nennt die Umstände „schlichtweg ein Skandal“.

Geerbte Probleme?

Es ist seit 2010 Pflicht, dass jedes Zimmer in einem Alten- oder Pflegeheim ein eigenes Badezimmer hat. Strukturen, die vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes eröffnet wurden, sind davon ausgenommen, werden aber dazu angehalten, entsprechende bauliche Maßnahmen zu unternehmen. Das öffentlich-rechtliche Unternehmen Servior, laut eigener Darstellung der größte Betreiber von Wohnstrukturen für Senior*innen in Luxemburg, betreibt sieben der betroffenen Alters- und Pflegeheime. Eines davon ist das Centre intégré

pour personnes âgées (Cipa) „Um Lauterbach“ in Niederkorn, das zuletzt wegen eines Corona-Clusters in die Schlagzeilen geriet. Das Gebäude wird allerdings 2023 durch eine neue Struktur in Bascharage ersetzt werden.

Das Differdinger Pflegeheim „Thilleberg“ wird 2022 ebenfalls in ein neues Gebäude umziehen. Auch in das Dossier des Rümelinger Cipa „Roude Fiels“ kommt Bewegung: Bis 2025 soll an dem Standort ein neues Haus entstehen. Das, nachdem das Bauprojekt nach Rechtsstreitigkeiten zwischen Servior und dem Architektenbüro sechzehn Jahre auf Eis lag. Die Bewohner*innen des Cipa Rümelingen werden für die Dauer der Bauzeit nach Differdingen umziehen.

Einige der betroffenen Gebäude werden also zeitnah durch neue Strukturen ersetzt. Rechtfertigt das, dass die dort untergebrachten Menschen sich mit der derzeitigen Situation abfinden müssen? Die ULC ist anderer Ansicht und fordert schnelleres Handeln. Es ist vor allem die hohe Anzahl betroffener Zimmer, die Nico Hoffmann zusetzt. Nathalie Hanck, Kommunikationsbeauftragte und Kundenbetreuerin bei Servior, widerspricht dem Vorwurf, man lasse sich mit den Umbauarbeiten Zeit: Servior habe in den letzten elf Jahren „net näischt“ gemacht.

Nach dessen Gründung wies der luxemburgische Staat Servior im Jahr 1999 vierzehn Einrichtungen für Senior*innen zu: sechs Pflege- und acht Altenheime, von denen damals nur ein Altenheim mit dem heutigen Gesetz konform war. Servior hat seitdem zehn der Strukturen renoviert oder geschlossen. „Dass noch nicht alle Strukturen konform sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Wir schauen zuerst, ob die Möglichkeit besteht, die Häuser zu vergrößern und somit auch zu renovieren. Wenn

REGARDS



495 Zimmer in luxemburgischen Alten- und Pflegeheimen haben keine eigene Dusche – und das ist nicht das größte Problem, das in Sachen Alterspolitik besteht.

das nicht geht, müssen wir überlegen, ob wir die Strukturen schließen und neue Strukturen bauen, indem wir nach ausreichend großen Grundstücken suchen und die notwendigen Vereinbarungen mit den betroffenen Gemeinden aushandeln“, so Hanck. Das Ganze hänge natürlich auch von finanziellen Mitteln ab: Zwischen 2006 und 2011 seien staatliche Beihilfen gekürzt und das Budget reduziert worden. „Neue Häuser lassen sich nicht einfach so aus dem Boden stampfen“, sagt Hanck.

Dem stimmt die Familienministerin Corinne Cahen im Gespräch mit der woxx zu. Auch sie verteidigt sich mit dem Verweis auf die geplanten Bauprojekte gegen die Vorwürfe der ULC. „Ich war bei meiner Amtsübernahme ehrlich gesagt schockiert, dass die Pläne zum Bau neuer Alters- und Pflegestrukturen nicht weiter vorangeschritten waren“, sagt sie. Sie habe die Probleme geerbt.

Nico Hoffmann lässt dieses Argument nicht gelten. Er verweist auf die Pandemie und das Cluster im Niederkorner Altersheim: „Wenn man weiß, dass sich Menschen Duschen und Toiletten teilen müssen, dann ist das alles andere als zeitgemäß und entspricht sicherlich nicht den Hygienestandards.“ Für die ULC geht das Problem ohnehin über den Duschvorhang hinaus. Hoffmann spricht von Menschenwürde und nicht zuletzt über die Preise der Strukturen.

Gerüchte, Wucher oder Realität?

Sowohl die Familienministerin als auch Nathalie Hanck behaupten, die Bewohner*innen störten sich nicht an den Umständen. Auch auf den Vorwurf überhöhter Kosten für einen Platz im Heim reagiert Cahen gelassen. „Die Preise sind in den letzten Jahren nicht enorm gestiegen“, sagt sie. Nico Hoffmann bezeichnet die

Aussage der Ministerin als fragwürdig: „Man findet kaum noch Zimmer unter 3.000 Euro und es gibt viele Menschen, die keine 3.000 Euro im Monat übrig haben.“ Die Chambre des salariés wurde 2020 in ihrem Gutachten zur „Loi sur la qualité des services pour personnes âgées“ konkreter: In den letzten fünfzehn Jahren sind die Durchschnittspreise für ein Einbettzimmer um 892 Euro gestiegen und lagen 2019 bei 2.525 Euro monatlich.

Der Maximalbetrag, für den der Fonds national de la solidarité (FNS) Beihilfen bewilligt, kletterte in demselben Zeitraum um 604 Euro und betrug vor drei Jahren 2.760 Euro. Die CSL verweist in ihrem Gutachten zum Vergleich auf die Durchschnittsrenten von 2018: Männer erhielten 3.634 Euro, Frauen 1.838 Euro im Monat. Die Preise für ein Einbettzimmer lagen damals bei 2.463 Euro. Aus Rentenbezügen allein konnte sich die Mehrheit der Frauen demnach kein Zimmer leisten.

Darauf angesprochen verweisen Cahen und Hanck auf den FNS. Dort werde Menschen mit finanziellen Sorgen geholfen. Die Ausschüttung der Beihilfen durch den FNS ist aber an Bedingungen geknüpft, denen betroffene Senior*innen teilweise nicht nachkommen wollen oder können. „In manchen Fällen müsste die Großmutter ihr Eigenheim verkaufen, um Anspruch auf die Beihilfe zu haben“, sagt Cahen. „Das wollen viele aber nicht, weil sie die Häuser den Enkelkindern vererben möchten.“ Die Regierung habe jedoch vor, den Accueil gériatrique zu verbessern, beteuert sie.

Hoffmann zeigt Verständnis für die Großmutter, die Cahen als Beispiel anführt: „Früher hieß es ‚Geess du op den Aarmebüro?‘, wenn man Beihilfen beantragen musste.“ Die Frage sei ohnehin eher: „Ist es überhaupt legitim, die Preise derart in die Höhe zu treiben? Die Preispolitik der



COPYRIGHT CHARLOTTE MAY//PEXELS

Häuser ist intransparent. Das Problem ist komplexer als Frau Cahen das von ihrem Büro aus beurteilen kann.“ Das neue Gesetzesprojekt zu Diensten für Senior*innen sieht immerhin ein Vergleichsportal für Alters- und Pflegestrukturen vor.

Bei Servior variieren die Preise je nach Komfort und Wohnfläche. Für ein Zimmer ohne direkten Zugang zu einem Badezimmer und ohne eigene Toilette im „Um Lauterbach“ zahlen die Bewohner*innen mindestens 2.392 Euro im Monat. Ein Zimmer mit privatem Bad kostet je nach Größe bis zu 400 Euro mehr.

Theoretisch können Interessent*innen sich die Art ihres Zimmers aussuchen – falls es sich nicht um eine Notunterbringung handelt –, praktisch ist die Wahl finanziell schlecht gestellter Senior*innen jedoch begrenzt. Die Tatsache, dass die neuen Strukturen alle über ein eigenes Bad verfügen müssen, soll diese Ungerechtigkeit mindern.

Nathalie Hanck sind in ihrem Berufsleben bisher wenige Senior*innen in akuter finanzieller Notlage begegnet, wie sie sagt. Derzeit haben knapp über 14 Prozent der Servior-Bewohner*innen einen Antrag auf

Beihilfe beim FNS gestellt. Sie betont allerdings, dass die Anzahl steige. „Die kommenden Generationen haben andere Lebensumstände“, ahnt Hanck. „Aus dem Grund haben wir unseren Service social in den vergangenen Jahren verstärkt. Wir helfen den Menschen, ihre Anträge an den FNS vorzubereiten und suchen gegebenenfalls nach Alternativen um sicherzustellen, dass alles gut läuft und der oder die Betroffene nicht durch finanzielle oder administrative Beschränkungen belastet wird.“

Hancks Vermutung zu den sich wandelnden Einkommensverhältnissen im Alter erinnert an die „Heure d’actualité“ in der Abgeordnetenversammlung zu diesem Thema vom Oktober 2019. Marc Baum, damals Abgeordneter von déi Lénk, warnte, dass sich die Altersarmut in den kommenden Jahrzehnten durch die Wohnungskrise verschärfen werde. Noch verfüge ein Großteil der Senior*innen über ein Eigenheim, doch es sei absehbar, dass nachfolgende Generationen im Alter vermehrt zur Miete wohnen müssten. Angesichts dessen bekommt Nico Hoffmanns Frage nach, „in welchem Zeitalter wir leben“, nochmal ein ganz anderes Gewicht.